Bereits jetzt nehmen niedergelassene Onkologen an externen Tumorkonferenzen teil. Darauf lässt sich aufbauen.

© Andres Rodriguez / Fotolia.com

BNHO
Berufsverband der Niedergelassenen
Hämatologen und Internistischen Onkologen
in Deutschland e.V.

Ambulante Spezialfachärztliche Versorgung Gestalten, nicht zerreden!

Für Mut und Augenmaß bei der Umsetzung der Ambulanten Spezialfachärztlichen Versorgung plädiert der Berufsverband der Niedergelassenen Hämatologen und Onkologen in Deutschland e.V. (BNHO). Bei der Konkretisierung der Inhalte durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) müssen eine hohe Versorgungsqualität und eine fachärztliche Versorgung gewährleistet sein.

Ein erheblicher Teil der Krebspatienten wird in Deutschland ambulant behandelt. Die Patienten profitieren von dieser Situation, z. B. gewährleisten die Niedergelassenen eine schnelle Terminvergabe. Um diese patientenfreundliche Versorgung zu erhalten, hat der BNHO erfolgreich für einen dritten Sektor in der ambulanten Medizin, die Ambulante Spezialfachärztliche Versorgung (ASV), gekämpft. „Jetzt geht es darum, die gesetzlichen Vorgaben so zu konkretisieren, dass die Zukunft der niedergelassenen Hämatologen und Onkologen in Zeiten zunehmenden Wettbewerbs im Interesse der Patienten gesichert bleibt“, erklärte der BNHO-Vorsitzende Stephan Schmitz auf einem Symposium des Deutschen Krebssymposiums 2012. Der G-BA hat vom Gesetzgeber den Auftrag erhalten, bis zum 31.12.2012 eine Richtlinie für die ASV zu erarbeiten. Danach werden weitergehende Details, vor allem zur Vergütung, in direkten Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Ärzten geregelt. Damit die Stimme der Ärzte im neuen „dritten Sektor“ dabei angemessen Gehör findet, fordert der BNHO eine Beteiligung der Spezialfachärzte in den relevanten Gremien der Selbstverwaltung. „Das gilt auf Bundesebene, aber auch für die Landesausschüsse“, so Schmitz.

Besonderheiten der Niedergelassenen berücksichtigen

Der Vorsitzende des G-BA, Rainer Hess, machte deutlich: „Das Qualitätsniveau der Versorgung muss mindestens so hoch bleiben wie in den existierenden Richtlinien“. Allerdings richteten sich die bisherigen Richtlinien an Fachabteilungen. „Wir müssen hier Parallelregelungen finden, die die Besonderheiten des niedergelassenen Arztes berücksichtigen“, so

Hess. Konkret ist aus seiner Sicht eine Alternative zu organbezogenen Fallzahlen für Niedergelassene nötig. Zudem fordert der BNHO eine enge Umsetzung der gesetzlichen Vorgabe, wonach Krankenhäuser, die an der ASV teilnehmen, nur ausnahmsweise eine teilstationäre Versorgung anbieten dürfen.

Kein Etikettenschwindel beim Facharztstandard

Ein wichtiger Aspekt ist für Schmitz die Sicherstellung einer fachärztlichen Versorgung auch im Krankenhaus: „Wenn wir unter dem Etikett einer spezialfachärztlichen Versorgung zulassen, dass Ärzte im ersten Weiterbildungsjahr ambulante onkologische Patienten betreuen, dann ist das Etikettenschwindel.“ Schmitz forderte auch, die ASV im Rahmen der bisherigen Weiterbildung zu verankern: Ergänzende Weiterbildungen zu einem „spezialfachärztlich tätigen Onkologen“ hält der BNHO nach einer sieben- oder mehrjährigen Weiterbildung zum internistischen Onkologen für nicht erforderlich.

Für die nur in der onkologischen ASV vom Gesetzgeber geforderte Pflicht zur Kooperation zwischen ambulantem und stationärem Sektor müsse laut Schmitz das Rad nicht neu erfunden werden: „90 Prozent der Praxen sind bereits heute Kooperationspartner in Organzentren. Fast alle onkologischen Praxen nehmen an externen Tumorkonferenzen teil. Das alles ist gelebte Kooperation, auf die wir bei der ASV aufbauen können.“ Wichtig ist aus Sicht des BNHO, dass die Kooperationsbemühungen real sind und im Zweifel auch nachgewiesen werden müssen.

red

Nach Informationen des BNHO